

## INFOPERU Nr. 54

### Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

22.01.2018

#### Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial InfoPeru No 54](#)
2. [Wir sind Überlebende vieler Gräueltaten – der Papst in Puerto Maldonado \(H. Schulze\)](#)
3. [Mein Besuch bei Papst Franziskus \(Ana Leyva\)](#)
4. [Die Achillesferse des Papstes: Missbrauch und schlechte Frauenwitze \(H. Willer\)](#)
5. [Von Luther zu den Evangelikalen \(Heinz Schulze\)](#)
6. [Infostelle unterstützt juristisches Vorgehen gegen „indulto“ \(César Bazán\)](#)
7. [Herr Gabriel, berufen Sie den peruanischen Botschafter ein!](#)
8. [Klimaverhandlungen und Nationalpark: mit Aidesep und Coica bei der COP 23 \(Elke Falley\)](#)
9. [ILO-Konvention 169: historisches Urteil zugunsten der Indigenen \(Sergio Arellano\)](#)
10. [Bauern protestieren gegen Einfuhr von EU-Kartoffeln](#)
11. [Hohes Bussgeld gegen Petroperu \(Heinz Schulze\)](#)
12. [Good News: Paolo Guerero darf an WM nach Russland](#)
13. [Veranstaltungen](#)

### 1. Editorial InfoPeru No 54

Liebe Leserin, lieber Leser,

über zu langweilige Festtage konnten wir uns hier in Peru wahrlich nicht beklagen. Zuerst gingen wir auf die Strasse, um die Absetzung des Präsidenten Kuczynski (PPK) und vor allem eine zukünftige Regierung Keiko Fujimori zu verhindern. Drei Tage später protestierten wir gegen PPK, gegen Fujimori und vor allem gegen die Begnadigung des Patriarchen der Fujimori-Familie, Alberto Fujimori. In dieser Ausgabe des InfoPeru können Sie nachlesen, was genau an diesen Weihnachtstagen geschah, und warum die Begnadigung als Folge eines politischen Kuhhandels so viel Empörung auslöst in Menschenrechtskreisen und in vielen Gruppen der Zivilgesellschaft.

Nachdem die erste Empörungswelle verflacht ist, bleiben folgende Tatsachen : die Regierung PPK steht noch schwächer und einsamer da als vorher, und viele fragen sich , wie lange sich PPK noch im Amt halten kann.

Zum anderen scheint die Fujimori-Fraktion sich tatsächlich aufzuspalten, zwischen den Anhängern der Geschwister Keiko und Kenji.

Ein Schlag ins Gesicht ist die Freilassung von Alberto Fujimori vor allem für die Opfer der Fujimori-Zeit. Gegen eine humanitäre Begnadigung des 79-jährigen hätten sie sich nicht grundsätzlich gestellt, sagte Gisela Ortiz, deren Bruder vor 26 Jahren von paramilitärischen Kommandos umgebracht wurde. Aber nicht so, als Folge eines politischen Geschachers.

Menschenrechtsgruppen aus aller Welt protestieren deswegen gegen diese Farce einer Begnadigung und legen Beschwerde ein vor dem Interamerikanischen Menschenrechtshof in Costa Rica. Auch Infostellenmitglied César Bazán hat einen juristischen Fachbericht eingereicht, der argumentiert, warum die Begnadigung von Alberto Fujimori die Vollstreckung eines Urteils des Interamerikanischen Menschenrechtshofes verletzt. Am 2. Februar ist in San José de Costa Rica die Anhörung. Falls der Gerichtshof sich gegen die Rechtmässigkeit der Begnadigung ausspricht, wird PPK entscheiden müssen, ob Peru das Urteil akzeptiert oder sich aus dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem verabschiedet und sich damit noch mehr ins politische Abseits stellt.

Die Infostelle Peru hat auch Aussenminister Sigmar Gabriel gebeten, den peruanischen Botschafter in Deutschland einzubestellen, und ihm die Kritik der Bundesregierung an der Begnadigung von Fujimori zu unterbreiten.

„Was ist los mit Euren Präsidenten ? Kaum verlassen sie das Amt, landen sie im Gefängnis“, so nahm Papst Franziskus bei seinem am 21. Januar zu Ende gegangenen Peru-Besuch die Politiker in die Mangel. Höhepunkt des Papst-Besuches war seine Begegnung mit den indigenen Völkern des Regenwaldes in Puerto Maldonado. In seiner Rede sprach er sich klar gegen die Ausbeutung der Ressourcen aus und für die Rechte, die Kultur und den Schutz der indigenen Völker. Peru ist immer noch ein gut katholisches Land, auch wenn „nur“ mehr 75% der Peruaner katholisch sind. Dies merkte man an den Menschenmassen, die den Papst auf den Strassen bejubelten oder seine Messen in Trujillo und Lima besuchten.

Schade nur, dass Papst Franziskus den sexuellen Missbrauch innerhalb der Kirche in Peru nicht angesprochen hat. Dabei gäbe es einiges dazu zu sagen und aufzudecken. In diesem InfoPeru finden Sie mehrere Artikel mit unseren Analysen zum Papst-Besuch.

Eine gute Lektüre wünscht

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru

-----

## 2. „Wir sind Überlebende vieler Gräueltaten“

Papst Franziskus traf in Puerto Maldonado die indigenen Völker Amazoniens. Hier die Forderungen der indigenen Organisationen und wie der Papst darauf einging.

Schon der Ort selbst war ein politisches Statement: Papst Franziskus' erste Station war im südlichen amazonischen Regenwald Perus und nicht bei der sogenannten „politische Elite“.

Im Vorfeld konnten die kirchlichen Koordinatoren in der Region Madre de Dios ein engagiertes Programm erstellen und dem Papst die schreckliche Situation gerade in dieser Region deutlich machen. Wichtig war auch, dass die Sorgen und Bitten der indigenen Bevölkerung durch eigene Delegierte vorgetragen werden konnten.

Vor der Reise hatten die indigenen Organisationen FENAMAD (der regionale Zusammenschluss von acht indigenen Völkern im Gebiet des Rio Madre de Dios), der peruweite Dachverband der indigenen Völker des Regenwaldes AIDSESEP und der Dachverband der indigenen amazonischen Völker Lateinamerikas COICA ihre Forderungen vorgebracht. Die Forderungen richteten sich nicht an den Papst – der ja keine politischen Kompetenzen hat in Peru – sondern an die politisch Verantwortlichen in Peru und internationale Organisationen. Im Vorfeld gab es große Erwartungen auf klare Worte des Papstes. Auch wir haben ihm als Informationsstelle Peru e.V. in einem persönlichen Brief die Wünsche und Sorgen unserer peruanischen PartnerInnen mitgeteilt (<http://www.infostelle-peru.de/web/die-infostelle-schreibt-an-papst-franziskus/>)

Zu den Forderungen der indigenen Organisationen Perus gehörten u.a.

\* Es müssen immer noch 200 Millionen Hektar Land den indigenen Dorfgemeinschaften als Gemeinschaftsland offiziell anerkannt werden. Diese Landtitel haben Vorrang vor der Einrichtung z.B. von Nationalparks, wenn diese nicht im Sinne der verpflichtenden Vorab-Konsultation (consulta previa) vor konkreter Planung und Einrichtung in einer gemeinsamen Übereinkunft entwickelt wurde.

\* Es muss viel mehr für ein „volles Leben“ getan werden, d.h. für eine Wirtschaftsform im Regenwald, die den Wald stehen lässt.

\* Die schlimme Situation der Umweltschützer durch Kriminalisierung, Verfolgung und Ermordung muss beendet werden.

\* Der Bau von Straßen in den Regenwald unter der Fahne des Fortschritts muss aufhören

\* Besonderer Schutz der sog. Nicht-Kontaktierten Indigenen (die in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Gruppen).

\* Zusammengefasst war die Forderung: Schluss mit den Aktivitäten wie Abholzung, Bergbautätigkeiten, Goldabbau, industrielle Landwirtschaft, Erdölproduktion etc.

\* Direkt an den Papst und die katholischen Organisationen im amazonischen Regenwald gerichtet: Dort wo die Zusammenarbeit gut ist, soll sie weitergehen und dort, wo das nicht der Fall ist muss Vertrauen geschaffen werden.

Es sollen auch keine Missionare „für“ die indigene Bevölkerung sprechen.

Der neugewählte Präsident von AIDSESEP, Lizardo Cauper, richtete die Forderung an die kirchlich Verantwortlichen, dass Pater Miguel Arcángel Piovesan aus Alto Purús versetzt werden muss. Dieser setzt sich vehement (zusammen mit dem Bürgermeister seiner Gemeinde) für den

Bau einer Straße im Regenwald Purús (Region Ucayali – von Puerto Esperanza nach Inapari) ein. Das Problem dabei: Diese Straße würde durch indigene Territorien und Schutzgebiete führen.

Besonders gravierend ist, dass diese Straße auch durch Gebiete führt, in denen nicht-kontaktierte Indigene leben. Gegen diese Straßenbaupläne haben sich auch das Kultusministerium und das Umweltministerium ausgesprochen.

Anmerkung: Pater Piovesan kam auch mit einer Delegation von 50 Personen zur Veranstaltung mit dem Papst, mit einem Militärflugzeug transportiert. Diese Personen fielen auf, weil sie nicht in ihrer Festkleidung kamen, sondern mit identischen T-Shirts mit dem Aufdruck: Papa Francisco – Voluntariado. Pater Piovesan nutzte seine Anwesenheit und betonte gegenüber den Medien die unbedingte Notwendigkeit des Straßenbaus.

Die Anwesenheit des Papstes war natürlich der Höhepunkt am 19. Januar. Aber es gab auch ein „profanes Programm“. Die regionale Organisation der indigenen Bevölkerung feierte ihr 36-jähriges Bestehen und Engagement. Dazu fand eine eigene Pressekonferenz statt, ein Koordinierungstreffen indigener Organisationen, ein Fußballturnier (fulbito), eine Ausstellung mit Bildern und Zukunftsvorstellungen der Harakbut sowie eine Wahl „Miss Indígena“.

Beim offiziellen Treffen in Puerto Maldonado war die Erderwärmung zu spüren. Bei 32 Grad (andere sprachen von 36 Grad) unter freiem Himmel wurde es einigen Besuchern zu heiß. Auf den Fotos der Schatten-Suchenden waren viele junge Menschen zu sehen – ohne Kopfbedeckung.

### **Worte der indigenen VertreterInnen:**

Yésica Patiachi (Harkbut): „Wir Indigene aus dem amazonischen Regenwald sind die Überlebenden von vielen Gräueltaten und Ungerechtigkeiten. Wir leiden wegen der Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen... Wir bitten Sie, dass Sie uns verteidigen... Wir wünschen, dass unsere Kinder in die Schule gehen aber diese darf auf keinen Fall unsere Sprachen, Traditionen... unser überliefertes Wissen auslöschen...“

Luis Miguel Toyori (FENAMAD) betonte u.a. in seiner kurzen Ansprache: „Wir Indigenen sagen der ganzen Welt, dass auch wir in großer Sorge sind, weil die Welt kaputt geht. Die Tiere sterben, das Wasser in unseren Flüssen wird weniger... All das ist eine Folge des Klimawandels...“

### **Auszüge aus der Rede von Papst Franziskus und die indigenen Völker**

In seiner Rede am 19. Januar 2018 in Puerto Maldonado bedankte sich Papst Franziskus beim Ortsbischof David Martínez de Aguirre Guinea, bei Héctor, Yésica und María Luzmilla für ihre Willkommensworte und Berichte. Dann begrüßt er die u.a. anwesenden Harakbut, Esse-ejas, Matsiguenkas, Yines, Shipibos, Asháninkas, Yaneshas, Kakintes, Nahuas, Yaminahuas, Juni Kuin, Madijá, Manchineris, Kukamas, Kandozi, Quichuas, Huitotos, Shawis, Achuar, Boras, Awajún und Wampís, sowie die aus den Anden zugewanderten und nun eingesessenen Amazonassiedler. Sie alle spiegeln dieses Land wider: mit seinem vielfältigen und unendlich abwechslungsreichen Gesicht und seinem spirituellen, kulturellen und biologischen Reichtum. Diejenigen, die wir nicht

hier leben, brauchen Eure Weisheit und Euer Wissen, ohne den Schatz dieser Region zu zerstören.

Die amazonischen Völker sind wahrscheinlich auf ihren Territorien noch niemals so bedroht gewesen wie heute. Um Amazonien wird an mehreren Fronten gestritten: auf der einen Seite der neue Extraktivismus und der gewaltige Druck großer wirtschaftlicher Interessen mit ihrer Gier nach Erdöl, Gas, Holz, Gold und agroindustriellen Monokulturen. Auf der anderen kommt die Bedrohung auch durch die Perversion gewisser politischer Praktiken, die die „Erhaltung“ der Natur ohne Rücksicht auf Euch Amazonienbewohner fördern. Wir wissen, dass im Namen des Regenwaldschutzes große Waldgebiete weggenommen und verhöckert werden, so dass die indigenen Völker unterdrückt werden und ihr Land mit seinen Ressourcen für sie unerreichbar wird.

Ich halte Anstrengungen für unabdingbar, institutionelle Räume des Respekts, der Anerkennung und des Dialogs mit den indigenen Völkern zu schaffen, um deren Kultur, Sprachen, Traditionen, Rechte und eigene Spiritualität aufzugreifen und zu retten.

Es ist anzuerkennen, dass es hoffnungsvolle Initiativen aus Eurer Basis und Euren Organisationen gibt, die dazu beitragen, dass die indigenen Völker und Gemeinschaften selbst Hüter des Waldes sind, und dass der Nutzen, der sich daraus ergibt, Ressourcen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien und Gemeinden werden.

Erlaubt mir auch zu sagen, dass, wenngleich Ihr für einige als Hindernis und Störfaktor geltet, Ihr in Wirklichkeit mit Eurem Leben ein Ruf ans Gewissen für einen angemessenen Lebensstil seid.

Zu den großen Verwüstungen bei Euch zählt auch die Umweltzerstörung durch den illegalen Bergbau, wobei ich mich auch auf den Umgang mit Menschen beziehe: Sklavenarbeit und sexueller Missbrauch.

(...) Eure Anwesenheit führt uns vor Augen, dass wir über die Gemeingüter nicht im Takt von Gier und Konsum verfügen können. Es muss Grenzen geben, die uns von allen Zerstörungsversuchen unserer Umwelt abhalten, aus der wir sind.

Euer wesentlicher Beitrag für die Gesamtgesellschaft muss aufgegriffen werden, ohne Eure Kultur als Naturzustand zu idealisieren und ohne Euren Lebensstil als Museumsstück zu betrachten. Von den Staaten erbitten wir, eine interkulturelle Gesundheitspolitik zu betreiben, die Realität und Kosmvision der Völker berücksichtigt und die in den verschiedenen Ethnien die Personen ausbildet, die Krankheiten aus der eigenen Kosmvision heraus zu begegnen wissen.

Wir müssen die internationalen Institutionen unterstützen, die Druck auf diejenigen Regierungen machen, die Sterilisationen insbesondere bei indigenen Frauen als Mittel der Geburtenkontrolle einsetzen, ohne dass die Betroffenen dies wüssten oder eingewilligt hätten. Die Kultur unserer Völker ist ein Zeichen des Lebens. Amazonien ist außer enormer biologischer Vielfalt auch ein kulturelles Reservoir, das vor neuen Formen von Kolonialismus bewahrt werden muss.

Die einzige Art, wie Kulturen nicht verlorengehen, ist ihre ständige Bewegung, ihre anhaltende Dynamik. Erziehung und Bildung helfen uns, Brücken zu bauen und eine Kultur der Begegnung zu schaffen. Erziehung und Schule der indigenen Völker sollten staatliche Priorität und Tatkraft genießen.

Beglückwünschen möchte ich alle die jungen indigenen Leute, die aus ihrer Sicht heraus eine neue Anthropologie entwickeln und die Geschichte ihrer Völker aus deren Perspektive neu lesen möchten.

Ich vertraue auf die Widerstandskraft der Völker und ihre Reaktionsfähigkeit angesichts der schwierigen Momente, die sie erleben.

*(Die Ausschnitte aus der Rede von Papst Franziskus hat Trudi Schulze für die Informationsstelle Peru e.V. übersetzt)*

Heinz Schulze

*(Quellen:*

*– Líderes indígenas piden dialogo directo, Servindi, 18.1.18; – Organizaciones amazónicas entregan propuestas... Servindi 19.1.; – Papa Francisco: 7 temas cale in: Actualidadambiente, SPDA, 20.1.18; – Aidesep pide retiro de sacerdote de Purús, SPDA, 18.1.18; – Fuerte calor afectó a público... inforegion, 19.1.18; – Papa Francisco: Sigam impulsando espacios de educación intercultural, Servindi, 20.1.18; – Pobladores del Alto Perú presente... Inforegion, 19.1.18; – Weiter: Diverse Artikel und Kommentare in El Comercio, La Republica, Peru 21, Expreso, Roma-Vatikan... gekürzte Übersetzungen und Bearbeitung Heinz Schulze)*

### 3. Mein Besuch bei Papst Franziskus

Gestern ging ich los, um Papst Franziskus in der Nuntiatur zu treffen. Es gab einen Eingang, der für die Zivilgesellschaft vorgesehen war, wenigstens hatten sie mir das gesagt. In dem privilegierten Block, in dem ich war, gab es niemand, den ich kannte. Es gab Leute mit T-Shirts auf denen „Papstteam“, „Papstwächter“ stand, andere mit Jackett und Krawatte, offensichtlich von der Security, und Familien der Mittelschicht und oberen Mittelschicht.

Andere Zonen nahe der Nuntiatur waren vollgestopft mit Leuten, es gab kaum freien Platz. Die Leute riefen „Wir sind die Papstwächter“, die jüngeren „Wir sind die Jugend des Papstes“, und es wurde gesungen: „Wenn ich dich nicht lieben werde, wenn du der Papst Franziskus bist, Stellvertreter Christi, der uns besucht“ . Das war das inhaltsreichste Lied, das gesungen wurde.

Die Leute waren emotional aufgeladen und verfolgten hinter einer riesigen Abschirmung die Ankunft des Papstes und seiner Entourage in der Nuntiatur. Ich spürte, dass er für die meisten eine magische, spirituelle Figur war, die sie sehen durften. Das erinnerte mich an den Anruf meines Neffen, der wollte, dass ich ihm Eintrittskarten für die Papstmesse besorgte – mit der Begründung, er sei krank und habe viele Probleme.

In dieser Situation fühlte ich mich allein und einsam. Die einzige Zuflucht, die ich in diesem Augenblick hatte, war die Botschaft von Franziskus an die Volksbewegung in Kalifornien und seine Rede beim Welttreffen der sozialen Bewegungen. Glücklicherweise kam bald eine Freundin, und wir gingen gemeinsam weiter. Wir mussten kämpfen, um wieder rauszukommen, und kamen an einen benachbarten Platz, an dem sich weniger Leute befanden, der aber einen wärmeren Eindruck machte. Dort sahen wir den Papst von nahem. Einen alten Mann mit einem freundlichen und gütigen Gesicht. Ihn zu sehen, bewegte mich und ließ mich denken, dass dieser alte Mann uns herausforderte zu verstehen, dass das wertvollste, was er bei sich hatte, die christliche Botschaft war. Das aber schien in diesem Augenblick niemanden zu interessieren . Er kam den Menschen näher und hatte rasch ein Mikrofon in der Hand, segnete uns und ging in die Nuntiatur. Danach kam die Aufführung von MarineraTänzen und Gesängen von christlicher Musik. Jemand sagte, der Papst würde abends um 20 Uhr gehen, aber so war es nicht.

In den vier Stunden, die ich an diesem Ort war, habe ich kein einziges Wort gehört, das auf die Botschaft des Papstes an die Familien, die Jugend, über die Umwelt, die Korruption, die Herstellung des Friedens, den Sinn des Lebens Bezug genommen hätte, zu den interessanten Sachen, die der Papst Franziskus sagte. Diese vier Stunden hinterließen in mir ein Gefühl der Leere. Nachts dröhnte in mir ein Fragment der Botschaft von Franziskus nach:

*„Die Gefahr ist, unseren Nächsten zu ignorieren und damit, ohne uns dessen bewusst zu sein, unsere Menschlichkeit zu ignorieren, uns selbst zu ignorieren und damit das wichtigste Gebot Jesu zu ignorieren. Das ist die Entmenschlichung. Aber es gibt eine Möglichkeit: dass das Licht der Nächstenliebe mit seinem blendenden Glanz die Erde wie ein Blitz in der Dunkelheit erleuchte, uns weckt und die wahre Menschlichkeit mit diesem hartnäckigen und starken Widerstand des Authentischen herauskommen möge“.*

Willkommen, Papst Franziskus. Wir hören Ihnen zu.

Ana Leyva

*Ana Leyva ist Juristin, praktizierende Katholikin und Direktorin der bergbaukritischen NGO Cooperación*

*(spanisches Original: <http://cooperacion.org.pe/testimonio-de-una-visita-a-francisco/> Übersetzung: Michael Schrick)*

## 4. Die Achillesferse des Papstes: Missbrauch und schlechte Fraunwitze

Einfühlsame Worte zu den indigenen Völkern, harsche Worte zu den Politikern: jedoch kein Wort zu den Opfern von Missbrauchsskandalen in der Kirche Perus

.Eine gute Woche vor dem Papst kam die Nachricht aus Rom: der Vatikan setzt die rechtskatholische Sekte „Sodalicio“ unter kommissarische Verwaltung. Das heisst, die Führungsspitze des „Sodalitium Vitae Christianae“ wird abgesetzt und der kolumbanische Bischof Londonho kommissarisch eingesetzt.

Für Martin Scheuch ist das zu wenig: Der Papst hätte Sodalicio auflösen sollen. Einem kommissarischen Leiter können die „Sodálites“ alles mögliche vorspielen. Martin Scheuch war selber jahrelang Mitglied des „Sodalitium Vitae Christianae“, schreibt in seinem Blog „Las líneas torcidas“ über seine Erfahrungen und analysiert den kirchlichen Umgang mit der Gruppierung.

Nachdem 18 Opfer ihr Zeugnis in einem Buch der Journalisten Paola Ugaz und Pedro Salinas bekanntgemacht hatten vor zwei Jahren bekannt gemacht hatten, wurde der Gründer Luis Fernando Figari und weitere Führungspersonen strafrechtlich belangt. Die sexuellen Missbrauchstaten sind zwar verjährt, aber inzwischen hat der Staatsanwalt Klage wegen einer kriminellen Vereinigung und Grausamkeit gestellt. Luis Fernando Figari weilt derzeit weiterhin in Rom, nicht direkt unter aber auch nicht ausserhalb des Schutzes des Vatikans.

Der Fall des Sodalitium Vitae Christianae ist speziell in der Geschichte der kirchlichen Missbrauchsfälle: Sodalicio hat eine sektenähnlich Struktur mit faschistischen und sadistischen Zügen. Nicht nur Martin Scheuch ist der Meinung, dass das Sodalicio aufgelöst werden müsste. Dann jedoch kämen auch zwei peruanische Bischöfe in die Bredouille, die Mitglieder des Sodalicio sind: Erzbischof Eguren von Piura und der deutschstämmige Kay Martin Schmalhausen von der Prälatur Ayaviri.

Erzbischof Eguren durfte , unbeachtet seiner Mitgliedschaft im Sodalicio, vor Papst Franziskus in Trujillo die Begrüßungsworte sprechen.

Auch sonst ist die peruanische Bischofskonferenz nicht gerade transparent beim Umgang mit Missbrauchsfällen. Die Mitglieder des Sodalicio gehörten der weissen Oberschicht an. Wieviel mehr Opfer von Missbrauchsfällen in Pfarreien in armen Stadtteilen und abgelegenen Dörfern es wohl geben mag, wo die Opfer keinerlei Möglichkeiten haben, sich zu wehren ? Beim letzten öffentlich bekannt gewordenen Fall einer Verwaltungsklage gegen einen Priester aus Ayacucho, hat Bischof Pinheiro sich sofort hinter den Priester gestellt und die Klägerin und ihre Eltern der Lüge bezichtigt.

Wann sich endlich die Ordensfrauen wehren gegen die schlechten Witze, die insbesondere Priester über sie machen ? Leider ist Papst Franziskus da keine Ausnahme. Bei einem Treffen mit 500 Ordensfrauen witzelte er, dass geschwätzig Nonnen schlimmer seien als der Sendero Luminoso. Leider sind solche frauenverachtenden Witze über Ordensfrauen im Klerus immer noch Gang und gäbe.

*Hildegard Willer*

## 5. Von Luther zu den Evangelikalen

Peru ist längst nicht mehr nur katholisch. Rund 20% der Peruaner gehören einer evangelischen Kirche an. Besorgniserregend ist die starke Zunahme stramm rechtskonservativer Evangelikaler, wie Heinz Schulze im folgenden Bericht feststellt.

Es geht in diesem Artikel nicht um die evangelisch-lutherische Kirche in Peru sondern um die sog. Iglesias Cristianas Evangélicas.

Natürlich soll jeder glauben dürfen, was er mag. Etwas anderes ist es, wenn Religionsgemeinschaften gesellschaftspolitisch Einfluss nehmen.

Als Informationsstelle Peru haben wir immer wieder gegen die Aktivitäten rechter katholischer Organisationen und ihrer Vertreter Stellung genommen. Zu nennen ist z.B. die vatikanische Politik zur Diskriminierung der Theologie der Befreiung oder gegenüber Aktivitäten des Opus Dei oder dem sexuellen Missbrauch durch Priester der Sodalicio-Organisation.

Der „Arbeitskreis ILV“ veröffentlichte bereits 1979 das Buch „Die frohe Botschaft unserer Zivilisation – Evangelikale Indianermission in Lateinamerika“. Schwerpunkt war die Aufdeckung der Missionare auf die Ausbildung von indigenen LehrerInnen. Sie hatten ihren Sitz im peruanischen Regenwald in Yarinacocha und ihre Büros im peruanischen Erziehungsministerium in Lima. Der Vorwurf damals lautete : Manipulation und Kulturentfremdung der indigenen Bevölkerung und Zuarbeit für die ausländischen (Erdöl)firmen. Deswegen wurden wir aus dem Umfeld der „Evangelikalen Allianz“ als Lügner beschimpft. Aber unsere Aktivitäten und die anderer Personen haben dazu geführt, dass der Einfluss der evangelikalen Indianermission auch von offizieller Seite immer kritischer gesehen wurde und ihnen die Lizenz für die Lehrerausbildung entzogen, und sie ihre Büros im Erziehungsministerium aufgeben mussten.

Heute schätzt man, dass 17-20% der peruanischen Bevölkerung einer evangelikalen Religionsgemeinschaft angehören.

Die Erinnerung an die Reformation Luthers vor 500 Jahren hat schliesslich zu einer intensiven Diskussion und Recherche über den heutigen Einfluss dieser Gruppierungen geführt.

Auf Initiative der Parlamentsmehrheit der Fujimori-Partei wurde der 31. Oktober als Gedenktag für die Evangelikalen Kirchen in Peru beschlossen.

#### *Von Luther zum Movimiento Mission Mundial*

In den evangelischen Gruppen Perus ist einiges in Bewegung. Waren früher das Nationale Evangelische Konzil (CONEP) und die Evangelische Vereinigung (UNICEP) die Speerspitzen konservativer Christen, so distanzieren sich diese heute von den „neuen Kollegen“.

Der Vorsitzende der maßgeblichen CONEP, Victor Arroyo, ist besorgt, weil ein „fundamentalistischer und radikaler Sektor der Evangelikalen in Peru auf Ausgrenzung und Diskriminierung setzt“.

Besonders im Blick ist das *Movimiento Mission Mundial* des kubaflüchtigen Pastors Rodolfo Gonzales. Gegen ihn und seinen Sohn sowie andere Mitglieder seiner Gemeinde wird wegen Verdacht auf Geldwäsche ermittelt. In diesem Zusammenhang spricht Sigríd Bazán von der Zeitung La República von einer Mafiaorganisation unter Pastor Gonzales. Sie nennt dabei den Pastor Vicente Diez und dem Betrag von 9 Millionen Euro, die im Laufe der Jahre angeblich aus den Zahlungen des „Zehnten“, also der Abgaben der Gemeindemitglieder, zusammen gekommen sind und mit denen der Kauf von Immobilien getätigt wurden.

Es laufen auch Untersuchungen darüber, woher die 34 Millionen Soles stammen, mit denen der Pastor alte Filmtheater aufgekauft hat.

Auch gegen die evangelikale Religionsgemeinschaft *Agua Viva* wird ermittelt. Deren Verantwortliche haben z.B. ein großes Sportzentrum, das Coliseo Amauta, für sechs Millionen Dollar gekauft.

Die „traditionellen“ evangelikalen Organisationen werfen den „neuen“ evangelikalen Gemeinden vor, dass sie sich durch eine Anhäufung von Reichtum auszeichnen, dass sie teure Autos kaufen und ihren Reichtum protzig zur Schau stellen.

Das *Movimiento Misionero Mundial* ist im Juni 2016 aus dem o.g. Forum der evangelikalen Kirche (IMICEP) ausgetreten, weil dieses nicht mit aller Macht ihren Kampf gegen die von ihnen so genannte „Gender Ideologie“ unterstützt habe.

#### *Immer mehr politischer Einfluss*

Die evangelikalen Führer haben sich 1990 aktiv für die Wahl des Ex-Diktators Fujimori (1990) eingesetzt und sind dafür mit Parlamentssitzen belohnt worden. Sie haben auch den Wahlkampf der Fujimori-Tochter Keiko unterstützt. Das ist belegbar mit einem Vertrag zwischen der *Coordinadora Civica Cristiana Pro Valores* und Keiko F.

Prominente Evangelikale sind Abgeordnete im Parlament für die Fujimori – Fraktion: Juan Carlos Gonzales von der einflussreichen Alianza Cristiana Misionera. Oder Pastor Humberto Lay, ein ehemals enger Vertrauter von Ex – Präsident Alberto Fujimori, der 2006 mit seiner eigenen Partei

„Restauración Nacional“ für die Präsidentschaft kandidierte – erfolglos, er erreichte nur 4,3% der Stimmen.

Gegenwärtig kommen 15 Parlamentsabgeordnete aus Führungspositionen im Spektrum der Evangelikalen.

Diese Gruppen haben mit grossem finanziellen Einsatz die Kampagne für Gendergerechtigkeit bekämpft, wie auch die Aktivitäten gegen Gewalt gegen Frauen, *Ni Una Menos* (<http://www.infostelle-peru.de/web/finger-weg-von-meinen-kindern-kreuzzug-gegen-gender-in-peru/>).

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass es eine starke Kooperation mit dem rechten Sektor der Katholischen Kirche dabei gab und gibt.

Diese evangelischen wie katholischen fundamentalistischen Kreise wollen die Gleichberechtigung homosexueller Lebensweisen und die Gendergerechtigkeit um jeden Preis verhindern.

Ein paar Beispiele, wie evangelikale Kirchen dabei vorgehen:

Pastor Julio Rivas ist Sekretär der Parlamentskommission für Justiz und Menschenrechte. Er sagt u.a.: „Wer homosexuell ist, ist morgen ein Kinderschänder“. Pastor Santana sagte: „Wenn ein Homosexueller Rechte bekommt, wird man die Homosexualität legitimieren“. Und der uns schon bekannte Pastor Gonzales – MMM – predigte: „Wenn Du zwei Frauen triffst, die Sex miteinander haben, töte beide“.

Zwei evangelikale Parteien streben nach Zulassung für die nächsten Präsidentschaftswahlen.

Eine, *Peru Nacion Poderosa* (*Peru Starke Nation*), wird wohl 2021 antreten. Diese Gruppierung wurde vom Pastor Alberto Santana ins Leben gerufen, er hat 1994 die Kirche „Aposento de Dios“ in den Hügeln von Lima gegründet.

Selbst die sonst eher „traditionellen“ evangelikalen Kirchen zeigen sich von dieser ganzen Entwicklung besorgt. Sie sprechen davon, dass diese „Neupfingstler“ „einen fundamentalistischen und radikalen Sektor der Evangelikalen in Peru darstellen, die auf Ausgrenzung und Diskriminierung setzen“ (Pastor Arroyo, Vorsitzender des Nationalen Evangelikalen Konzils (CONEP)).

Kommentatoren sprechen, im Gedenken an die vor 500 Jahren erfolgte Reformation Luthers an 500 Jahre Luthers Reformation davon, dass eine neue protestantische Reform innerhalb der Evangelikalen Lateinamerika notwendig sei, besonders ihren Umgang mit der „Hure Geld“ müssten diese überdenken.

*Zusammenfassende Übersetzung und eigene Kommentare, Heinz Schulze*

*(Quellen: Artikel und Kommentare u.a. El Comercio, 31.10.17, La República pe/politica/11.38.190, La República, 2.11.17, und weiteren)*

## 6. Infostelle unterstützt juristisches Vorgehen gegen “indulto“

Mit einem juristischen Fachbericht unterstützt die Infostelle Peru die Klage der peruanischen Opfer vor dem Interamerikanischen Menschenrechtshof auf Nichtrechtmässigkeit der Begnadigung von Alberto Fujimori.

Am 15. Januar 2018 haben Jan-Michel Simon, Leiter der Lateinamerika-Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und César Bazán Seminario, peruanischer Jurist und Mitglied der Infostelle Peru e.V., einen juristischen Bericht, – in der Fachsprache *Amicus Curiae* genannt –, an den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof geschickt. Mit dem Bericht unterstützt die Infostelle Peru e.V. die peruanischen Opferorganisationen, die gegen die Rechtmässigkeit der Begnadigung des ehemaligen peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori klagen. Am 2. Februar 2018 wird dazu in San José, Costa, Rica, eine erste Anhörung stattfinden.

Am 24. Dezember 2017 hatte der peruanische Präsident Pedro Pablo Kuczynski die Begnadigung von Ex-Präsident aus humanitären Gründen bekanntgegeben. Alberto Fujimori verbüsste seit 2007 eine 25-jährige Haftstrafe als letztverantwortlicher Urheber der Massaker, die von paramilitärischen Gruppen verübt wurden.

Der Experten-Bericht *Amicus Curiae* stellt dar, wie die Begnadigung des ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori der Strafverbüssung von zwei Urteilen widerspricht, welche der Interamerikanische Menschenrechtshof im Fall der Massaker von Barrios Altos und La Cantuta gefällt hatte.

Dazu machen die Experten zwei Argumente geltend:

1. Die Begnadigung verletzt geltendes Recht, weil der Präsident Kuczynski den ordnungsgemäßen Prozess einer Begnadigung nicht eingehalten hat. Laut Interamerikanischer Menschenrechtskonvention ist die Begnadigung damit eine willkürliche Maßnahme.
2. Da es keine juristischen Gründe für die Begnadigung gibt, ist die Begnadigung aus politischen Gründen erfolgt. Das eigentliche Motiv für die Begnadigung ist die Regierungskrise in Peru.

Hier geht es zum Bericht „Amicus Curiae“ in spanischer Sprache

[Barrios Altos y La Cantuta. Amicus curiae. Simon y Bazán](#)

## 7. Herr Gabriel, berufen Sie den peruanischen Botschafter ein!

In nachfolgendem Brief an den deutschen Aussenminister bittet ihn die Informationsstelle Peru e.V. , den peruanischen Botschafter einzuberufen und diesem die Kritik wegen der Begnadigung von Alberto Fujimori zur Kenntnis zu bringen.

Herrn Bundesaußenminister

Sigmar Gabriel  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

16.01.2018

### **Begnadigung und Straferlass für den Ex-Präsidenten Albert Fujimori der Republik Peru**

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

darf das Motiv des eigenen Machterhalts und der Beibehaltung des Amtes des Präsidenten einen Regierungschef dazu veranlassen, einen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 25 Jahren Gefängnis verurteilten Ex-Diktator freizulassen?

Nachdem gegen den aktuellen Präsidenten der Republik Peru Pedro Pablo Kuczynski (PPK) Korruptionsvorwürfe laut wurden, wurde im peruanischen Kongress ein Misstrauensantrag angestrengt. Um diesen Antrag zu umgehen, einigte sich PPK anscheinend mit der im Kongress mehrheitsführenden Fujimori-Partei (*Fuerza Popular*) auf einen skandalösen Deal, der an Stimmenkauf grenzt und an korruptem politischem Verhalten schwer zu überbieten wäre. Im Raum steht die Begnadigung des ehemaligen Diktators im Austausch zu den für die Amtsbeibehaltung notwendigen Stimmen aus der Fujimori-Partei. Ein Teil dieser Partei willigte ein und so kamen die zur Absetzung erforderlichen Stimmen nicht zu Stande. Daraufhin begnadigte PPK am 24. Dezember 2017 den ehemaligen Diktator Fujimori, der zugleich der Vater der Parteiführer Keiko und Kenji Fujimori ist.

Dieser Straferlass widerspricht den internationalen Abkommen und Gesetzen. Wir unterstützen die Bemühungen, u.a. der Opferfamilien ermordeter Studenten unter der Regentschaft Fujimoris, den Fall vor den Interamerikanischen Menschengerichtshof zu bringen, damit die rechtswidrige Begnadigung und der Straferlass rückgängig gemacht wird.

Unsere Bitte an Sie ist, dass Sie den peruanischen Botschafter in Berlin einbestellen und ihm die Kritik der deutschen Bundesregierung mitteilen beziehungsweise in anderer Weise Kritik gegenüber der

peruanischen Regierung anbringen. Wir stützen uns in dieser Bitte auf die zugeschriebene Rolle der Bundesrepublik als Rechtsstaat und menschenrechtsachtende Normenverbreiterin und auf bereits erfolgte internationale Kritik durch regionale sowie internationale Organisationen wie der Organisation Amerikanischer Staaten und der Vereinten Nationen. Abschließend erinnern wir an den erneuten Anschlag auf die Opfer der Fujimori-Diktatur, der durch die Freilassung erfolgt ist. Mord, Verfolgung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen niemals vergessen werden.

In Erwartung einer Antwort  
verbleiben wir  
mit freundlichen Grüßen,

gez. Heinz Schulze

Bernhard J. Merk

1. Vorsitzender

Geschäftsführer

## **8. Klimaverhandlungen und Nationalpark: mit Aidesep und Coica bei der COP 23**

Bei den UN-Klimaverhandlungen in Bonn im November 2017 gelang den indigenen Völkern ein grosser Durchbruch: alle Mitgliedsstaaten einigten sich darauf, bei der Planung ihrer Grossprojekte das traditionelle Wissen indigener Völker stärker einzubeziehen. Bei der Schaffung des jüngsten Nationalparks Yaguas in Peru Anfang Januar 2018 – u.a. mit deutscher Hilfe – fand dieser Einbezug indigener Stimmen leider nicht statt. Elke Falley-Rothkopf berichtet von der COP 23 und der dortigen Debatte um den Nationalpark Yaguas.

Die UN-Klimaverhandlungen (COP 23) fanden dieses Jahr unter der Präsidentschaft von Fidschi in Bonn statt, ein „Heimspiel“ also für das Team der Freiwilligen der deutschen Nichtregierungsorganisationen INFOE und Informationsstelle Peru, welche die internationalen indigenen Delegationen zur COP 23 ab dem Auftakt der „Guardians of the Forest / Guardianes del Bosque“-Tour kurz vor der COP am 17.10.2017 in Köln bis zum 17.11.2017, dem letzten Tag auf der COP in Bonn, begleitet hat.

Das Programm für die indigenen Vertreter und der sie begleitenden NGOs war proppenvoll: Pressekonferenz und Empfang im Kölner Rathaus, ein Soli-Konzert für die indigenen RepräsentantInnen zum Auftakt der Guardianes del Bosque-Tour, Vorbereitungsworkshop des Dachverbandes der indigenen Organisationen Amazoniens (COICA), die Durchführung des zweitägigen „Global Caucus“ auf Einladung der Kölner OB mit Empfang und Eintrag im Goldenen Buch der Stadt Köln, Delegations-Besuchen im Düsseldorfer Landtag, Pressekonferenzen von COICA, AIDASEP, FENAMAD, Verhandlungen zur „Indigenous Peoples Traditional Knowledge Platform“ in der „Bula“-Zone sowie tägliche Side Events im Indigenous Peoples' Pavilion und den Konferenzräumen der Bonn-Zone – unser Team war immer dabei.

Das große „indigene“ Thema bei der COP 23 war die Einrichtung und Operationalisierung einer Plattform zu traditionellem Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften. Dabei sollten sich die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, bei künftigen Grossprojekten das traditionelle Wissen der indigenen Völker miteinzubeziehen. Hier musste zunächst Einigkeit unter den indigenen Delegationen aus den verschiedenen Regionen der Welt bezüglich der Inhalte, der organisatorischen und funktionalen Ausgestaltung der Plattform erzielt werden. Wichtige Fragen wie, welches Wissen, wie zugänglich sein und wie andererseits Wissen vor mißbräuchlicher Verwendung geschützt wird, ob RepräsentantInnen für Gemeinschaften, Regionen oder Länder verhandeln werden, wie etwa Gelder aus UNFCCC-Fonds verwendet und verteilt werden usw., mussten durchdacht werden.

In Verhandlungen mit den RepräsentantInnen der Vertragsstaaten wiederum mussten diese dafür gewonnen werden, die indigenen Standpunkte zu teilen, denn sie waren diejenigen, die die Einrichtung und Operationalisierung der Plattform zu entscheiden hatten. Und obwohl die Plattform grundsätzlich bei der COP in Paris beschlossen worden war, gab es in den Dialogen zur Plattform auf der COP in Bonn Staaten, die wieder ganz von vorne anzufangen schienen und z.B. den Begriff „indigene Völker“ hinterfragten. Nach vielen Stunden der Verhandlungen in der Bula-Zone der COP einigten sich am 14.11. die indigenen Repräsentantinnen auf ein Konzept für die Plattform und am 15.11. erreichte uns die Meldung, dass dieses Konzept von den Vertragsstaaten unter der UN-Klimarahmenkonvention offiziell angenommen wurde! Der Konsens war ohne Zweifel ein großer, hart erarbeiteter Erfolg der Verhandlungen und wurde von den indigenen Delegierten aus den verschiedensten Regionen und der COP-Präsidentschaft aus Fidschi, die die Plattform zu einer ihrer „key priorities“ gemacht hatte, begrüßt. Dr. Samson Viulu vom Netzwerk der Indigenen Völker der Salomon-Inseln (NIPS) äußert in einem Interview, dass die Annahme der Plattform zeigt, dass Vertragsparteien nun anerkannt haben, wie wichtig es ist, Indigene Völker in Entscheidungsprozesse auf internationaler Ebene mit einzubeziehen und dass sie dies nun hoffentlich in ihrer nationalen Gesetzgebung berücksichtigen werden (vgl. <http://earthjournalism.net/stories/si-helps-push-for-indigenous-peoples2019-platform-milestone-achievement-in-cop23>). Die Bedeutung traditionellen indigenen Wissens für den Waldklimaschutz wird an der folgenden Feststellung des Bonn Sustainability Portals deutlich: „indigenous peoples care for around [80% of the world's remaining biodiversity](#)“.

Die auf der COP 23 zahlenmäßig und organisativ sehr gut vertretenen indigenen Organisationen COICA (für die 9 Amazonas-Anrainerstaaten) und AIDASEP aus Peru sowie ihre Mitgliedsverbände haben sich sehr stark in die Debatte um die Plattform mit eingebracht und außerdem an einer Vielzahl von Side Events und Pressekonferenzen teilgenommen, bzw. diese selbst ausgerichtet. AIDASEP und COICA hatten in der ersten Verhandlungswoche jeweils einen eigenen, gut sichtbaren und besuchten Stand in der Bonn-Zone und konnten am 11.11.2017 sogar zur „Maloka“ (traditionelle Rundhütte der indigenen Gemeinschaften im Regenwald)) im UNESCO-Pavillon einladen.

Bei dieser Veranstaltung wurde die Bedeutung der indigenen Territorien und des traditionellen Wissens für den Waldklimaschutz noch einmal konzentriert an ein größeres Publikum herangetragen. Zu den BesucherInnen zählten auch peruanische Regionalgouverneure und der Kölner Bürgermeister Andreas Wolter, die die Wichtigkeit der Einbeziehung der indigenen Akteure unterstrichen.

## Zündstoff Nationalpark Yaguas

Ein peruanisches Thema, bei dem genau die Frage nach der Art und Weise der Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in die Konzeption von Natur- und Klimaschutzprojekten bereits für einigen Zündstoff gesorgt hat, ist die Einrichtung eines Nationalparks in der bisherigen Zona Reservada Yaguas in Loreto im Grenzgebiet zu Kolumbien.

Die indigenen Verbände ORPIO, AIDSESEP und COICA argumentieren in der Debatte um die Art des einzurichtenden Schutzgebietes für eine kombinierte Lösung: eine *Reserva Comunal* mit gemeinsamer Verwaltung durch die ansässigen indigenen Gemeinschaften und den peruanischen Staat mit einem Nationalpark-Kern mit Nutzungs- und Zugangsbeschränkungen. ORPIO, AIDSESEP und COICA haben dieses Konzept auf der COP in einer offiziellen Pressekonferenz in der Bula-Zone am 10.11.2017 erläutert und begründet (s. <https://unfccc.cloud.streamworld.de/ondemand> für den 10. November 16.30 Uhr) und verweisen auf ein sehr erfolgreiches Beispiel der gemeinschaftlichen Verwaltung durch den Staat und indigene Gemeinden: die Reserva Comunal Amakaeri in Madre de Dios ist ein auf den vorausgegangenen COPs – nicht zuletzt im offiziellen peruanischen Pavillon auf der COP 21 in Paris – bereits sehr gelobtes Projekt, das auch die indigenen Rechte und traditionelles Wissen respektiert. Auch auf der COP in Bonn gab es zu Amakaeri eine Pressekonferenz (s. ebd. 16.00 Uhr).

Im Fall von Yaguas ist jetzt jedoch, trotz der Proteste und Alternativvorschläge von vier von dem Projekt betroffenen indigenen Gemeinschaften und den zuvor genannten indigenen Verbänden sowie Ungereimtheiten und Konflikten bei der Consulta Previa (die allerdings erst NACH den ersten Protesten gegen den geplanten Nationalpark im Dezember 2016 eingerichtet wurde), am 10. Januar 2018 der Nationalpark per Dekret in Peru beschlossen worden. In einem scharf formulierten Schreiben fordern die indigenen Verbände die Berücksichtigung ihres Vorschlags einer kombinierten Lösung (vgl. <http://aidesepp.org.pe/carta-abierta-al-gobierno-por-imposicion-en-la-creacion-del-parque-nacional-yaguas/>).

Während die Umstände der Verabschiedung des Dekrets im Schatten der Regierungskrise mit den Unterschriften von Ministern, die bereits zurückgetreten sein sollen, zumindest irritierend wirken, feiern einige Naturschutzverbände den Nationalpark als uneingeschränkte Errungenschaft – so wie auch die Broschüre von MINAM und SERNANP, die zum Ende der zweiten Woche der COP (als die peruanische Regierungsdelegation mit Nationalpark-Befürwortern, darunter auch indigenen RepräsentantInnen, angereist war) u.a. im *Indigenous Pavilion* verteilt wurde. Sie spricht den sozialen Konflikt, der zwischen Nationalpark-Befürwortern und -"Gegnern" entstanden ist, nicht an und argumentiert lediglich, der Schutz Yaguas' sei wichtig wegen des dortigen natürlichen Reichtums, im Kampf gegen die Entwaldung, zum Erhalt einer „wertvollen Quelle für wissenschaftliche Untersuchungen“ und für den Zugang zu Nahrungsmitteln. Paradoxe Weise sind dies alles Gründe, die auch für – und nicht gegen – die Einrichtung einer kombinierten Lösung bestehend aus Nationalpark-Kern und gemeinsam verwalteter Zone, wie auch für jede andere vom peruanischen Gesetz vorgesehene Schutzgebietvariante sprechen. Viel Geld ist im Spiel für den peruanischen Staat, der mit diesem weiteren Nationalpark an einen Korridor von Nationalparks dies und jenseits der Grenze anschließt und dafür Fördergelder aus dem internationalen Waldklimaschutz erhalten soll. Aber würden diese Gelder tatsächlich verwehrt oder gekürzt, wenn der Nationalpark kombiniert wäre mit einer Zone gemeinschaftlicher Verwaltung??

Anders als im Fall der Plattform zum Traditionellen Indigenen Wissen ist es im Fall Yaguas (noch?)

nicht zu einem Konsens gekommen, der von allen betroffenen Parteien als eine gute Basis empfunden wird. Am 10. Januar 2018, also am selben Tag, wo das Dekret zum Nationalpark erlassen wird, wird auf dem Bonn Sustainability Portal.de die Generalsekretärin des UNFCCC, Patricia Espinoza, zitiert: „Indigenous people must be part of the solution to climate change. This is because you have the traditional knowledge of your ancestors. The important value of that knowledge simply cannot—and must not—be understated. You are also essential in finding solutions today and in the future.“

Das Ignorieren der Forderungen der vier indigenen Gemeinschaften im Fall Yaguas und dreier großer indigener Verbände (ORPIO, AIDSEP und COICA) geht noch nicht in diese Richtung, basiert noch nicht auf diesem Respekt... Wie wohl auch das Konzept der freien, vorherigen und informierten Konsultation und Zustimmung in Richtung Konsens weitergedacht werden muss.

*Elke Falley-Rothkopf*

*Elke Falley-Rothkopf ist Ethnologin und Vorstandsmitglied bei INFOE – Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie und der Informationsstelle Peru e.V.*

Literatur:

<http://www.iipfcc.org/>

<https://cop23.com.fj/local-communities-indigenous-peoples-platform-finalised-cop23/>

<http://earthjournalism.net/stories/si-helps-push-for-indigenous-peoples2019-platform-milestone-achievement-in-cop23>

<https://bonnsustainabilityportal.de/de/2018/01/un-bonn-countries-give-voice-to-indigenous-peoples-through-new-platform/>

[e-to-indigenous-peoples-through-new-platform/](https://bonnsustainabilityportal.de/de/2018/01/un-bonn-countries-give-voice-to-indigenous-peoples-through-new-platform/)

## **9. ILO-Konvention 169: historisches Urteil zugunsten der Indigenen**

Im März 2017 entschied ein Gericht in Lima zugunsten der Vorabkonsultation der Wampis und Awajun im Norden Perus. Der Jurist Sergio Arellano analysiert die ILO-Konvention und das Urteil.

Die indigenen und Stammesvölker[2] umfassen mindestens 5 000 Völker mit unterschiedlichen Merkmalen und haben Mitgliederzahlen von über 370 Millionen Menschen in 70 verschiedenen Ländern[3]. Diese Vielfalt kann man nicht schlicht und einfach in einer allgemeingültigen Definition fassen. Deshalb ist der Begriff des indigenen Volkes nicht vollständig definiert. Außerdem herrscht

in der Fachliteratur Konsens, dass es nicht notwendig sei, den Begriff des indigenen Volkes zu definieren, um die Menschenrechte der indigenen Völker zu schützen[4].

Wenn man über die Rechte indigener Völker sprechen möchte, muss man gewisse internationale Übereinkommen berücksichtigen. Dafür ist im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen- unter anderem- die ILO – Konvention Nr. 169 über indigene Völker (Die Konvention 169) zu berücksichtigen. Die Konvention 169 wurde am 27. Juni 1989 in Genf, Schweiz, verabschiedet. Diese Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der rechtlich verbindlich für die Länder ist, die ihn ratifizierten, und hat zum Ziel, die Rechte indigener Völker zu schützen[5].

Die Konvention 169 beschreibt nicht, wer indigene Völker sind, sondern bezieht sich auf die Völker, die die Konvention schützen kann[6]. Damit bezieht sich diese Konvention nicht nur auf Völker, die vor der Kolonialisierung auf dem Territorium einheimisch waren, sondern auch auf Völker, die vor dem Ursprung der heutigen Staatsgrenzen auf dem Territorium einheimisch waren[7].

Um den Begriff der „indigenen Völker“ so weit wie möglich zu spezifizieren, werden in der Konvention 169 sowohl subjektive, als auch objektive Elemente herangezogen.

Als objektives Element geht die Konvention von der eigenen Kultur indigener Völker im Verhältnis zur Mehrheit der Bevölkerung eines Landes aus. Der Begriff der Kultur enthält in diesem Zusammenhang verschiedene Faktoren wie zum Beispiel die spezifische Nutzung von Land und Ressourcen, bestimmte Gebräuche und Traditionen, eine eigene Religion, eine eigene Sprache, etc[8].

Als subjektives Element versteht die Konvention die Selbstidentifizierung, die von zwei Faktoren ausgeht. Der erste Faktor ist das Gruppenbewusstsein der Personen. Das heißt, dass die Mitglieder sich einer indigenen Gruppe zugehörig fühlen. Der zweite Faktor ist die Akzeptanz der Mitglieder durch die entsprechende indigene Gruppe[9].

Die Konvention 169 ist auf den internationalen Schutz der indigenen Kulturen ausgerichtet. Sie beschreibt das Recht indigener Völker auf die Bestimmung und Kontrolle ihrer eigenen Entwicklung, damit sie selbst ihren wirtschaftlichen Fortschritt, Lebensstile, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung ihrer Identität, Sprachen und Religionen im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, entwickeln und kontrollieren können[10]. In Bezug auf den Schutz der indigenen Kulturen muss man über das Land und die Gebiete der indigenen Völker sprechen. Sie sind Orte, an denen die indigene Bevölkerung die Grundlage und den Ursprung ihrer Weltanschauung finden[11]. In diesem Zusammenhang verteidigen die indigenen Völker ihr Land und ihre Gebiete als Kollektivbesitz, weil dieses Land und diese Gebiete kollektive Bedeutung für die gesamte Gemeinschaft haben[12].

Dann muss angemerkt werden, dass das Land und die Gebiete der indigenen Völker eine neuralgische Rolle im Selbstbestimmungsrecht und der kulturellen Identität der indigenen Völker spielen.

Darüber hinaus muss man verstehen, dass sich der Begriff „Land“ auf das gesamte Gebiet bezieht, welches das komplette Habitat, also Wälder, Flüsse, Berge, Randmeere und sowohl die Oberfläche als auch den Untergrund umfasst[13]. Dieses gesamte Gebiet wird von den indigenen Völkern für ihre traditionellen Tätigkeiten genutzt.

Die Beziehung zwischen den Gebieten der indigenen Völker und die Nutzung von natürlichen Ressourcen in diesen Gebieten ist bedeutend, und hier lässt sich der Ursprung vieler sozialer Konflikte erkennen. So erklärte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte, dass das Recht auf Nutzung der Gebiete der indigenen Völker keinen Sinn hätte, wenn dieses Recht keine Verbindung mit den natürlichen Ressourcen, die in diesen Gebieten vorzufinden sind, hätte[14].

In diesem Kontext präzisiert die Konvention 169, dass die indigenen Völker das Recht auf die natürlichen Ressourcen, die in ihrer Gebieten existieren, und das Recht auf die Mitbestimmung über die Verwendung, Verwaltung und Erhaltung dieser natürlichen Ressourcen haben. Der Begriff natürlichen Ressourcen bezieht sich hierbei sowohl auf erneuerbare als auch auf nicht-erneuerbare Ressourcen.

Deshalb kann man im Artikel 15.1 dieser Konvention Folgendes lesen:

„Die Rechte der betreffenden Völker an den natürlichen Ressourcen ihres Landes sind besonders zu schützen. Diese Rechte schließen das Recht dieser Völker ein, sich an der Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen zu beteiligen.“

Darüber hinaus ist gemäß Artikel 15.1 dieser Konvention festgesetzt, dass im Fall des Abbaus natürlicher Ressourcen die indigenen Völker zwar die Rechte auf Teilhabe an der Verwendung, Verwaltung und Erhaltung dieser haben, aber nicht die Rechte auf die grundlegende Entscheidung zu deren Abbau.

Die Konvention 169 erkennt auch die Fälle wie in Peru, in denen der Staat das Eigentum an den natürlichen Ressourcen des Landes hält. Um indigene Völker in diesem Zusammenhang zu schützen, kann man in Artikel 15.2 Folgendes lesen:

„In Fällen, in denen der Staat das Eigentum an den mineralischen oder unterirdischen Ressourcen oder Rechte an anderen Ressourcen des Landes behält, haben die Regierungen Verfahren festzulegen oder aufrechtzuerhalten, mit deren Hilfe sie die betreffenden Völker zu konsultieren haben, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß ihre Interessen beeinträchtigt werden würden, bevor sie Programme zur Erkundung oder Ausbeutung solcher Ressourcen ihres Landes durchführen oder genehmigen. Die betreffenden Völker müssen wo immer möglich an dem Nutzen aus solchen Tätigkeiten teilhaben und müssen einen angemessenen Ersatz für alle Schäden erhalten, die sie infolge solcher Tätigkeiten erleiden.“

Aus diesem Artikel 15.2 lässt sich ableiten, dass Vorschriften über die folgenden Rechte bestehen[15]:

- a) Das Konsultationsrecht vor der Prospektion oder dem Abbau der natürlichen Ressourcen in Gebieten indigener Völker.
- b) Das Recht auf Informationen zu den Auswirkungen der Prospektion und des Abbaus.
- c) Das Recht auf Nutzung der Gewinne, die vom Abbau und der Verwendung der natürlichen Ressourcen ausgehen.

d) Das Recht auf Entschädigung, im Falle von Schäden, die durch den Abbau und die Verwendung natürlicher Ressourcen entstehen.

In Bezug auf die Teilhaberechte und die Konsultationsrechte erlegt die Konvention 169 den Staaten die Verpflichtung auf, dass indigene Völker an den Entscheidungsprozessen über Maßnahmen, die ihren Rechten schaden könnten, beteiligt werden müssen. Daher beziehen sich unter anderem Artikel 6[16] und 7[17] dieser Konvention auf die Konsultation und die Teilhabe der indigenen Völker

Erdölförderung im Lote 116: ein Präzedenzurteil zur Vorabkonsultation

Bezüglich dieser Themen fand ein Gerichtsverfahren in Peru zwischen der peruanischen Regierung, bzw. dem Ministerium für Energie und Bergbau und PERÚPETRO S.A.[18] und den indigenen Gemeinschaften Awajún und Wampis, die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen vertreten wurden, statt.

Diesbezüglich sind die folgenden Tatsachen zu berücksichtigen:

Die Awajún und Wampis leben in den Bezirken „Río Santiago“, „Nieva“, „El Cenepa“, der Provinz „Condorcanqui“, und dem Bezirk „Imaza“, der Provinz „Bagua“, der Region „Amazonas“, und der Provinz „Datem del Marañón“ und der Region „Loreto“ in Peru.

Die Konvention 169 wurde von der peruanischen Regierung ratifiziert und trat am 2. Februar 1995 in Peru in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt ist diese Konvention gemäß Artikel 55[19] des peruanischen Verfassungsgesetzes Teil der nationalen Rechtsordnung.

Am 12. Dezember 2006 erließ die peruanische Regierung, ohne vorherige Konsultation der oben genannten indigenen Gemeinschaften, das Dekret N° 066-2006-EM (Decreto Supremo N° 066-2006-EM), das unter anderem den Lizenzvertrag über die Exploration und den Abbau von Erdgas und Erdöl im Flurstück 116 (lote[20] 116) bestätigte. Die Exploration und der Abbau wurden von privaten Unternehmen durchgeführt.

Das Flurstück 116 erstreckt sich über den Bezirk „El Cenepa“, die Provinz „Condorcanqui“ und die Region „Amazonas“ in Peru und umfasst die Gebiete 73 indigener Gemeinschaften, zu denen auch die Awajún und Wampis gehören.

Am 7. September 2011 wurden das peruanische Vorabkonsultationsgesetz (Ley N° 29785) und am 3. April 2012 die Verordnung dieses Gesetzes (Decreto Supremo N° 001-2012-MC – Reglamento de la Ley del Derecho a la Consulta Previa) erlassen.

Im August 2014 reichten die oben genannten indigenen Gemeinschaften einen Antrag auf Schutz (Demanda de Amparo[21]) bei der Justiz ein. In diesem Zuge führten sie an, dass die peruanische Regierung ihr Vorabkonsultationsrecht verletzte, als sie das Dekret N° 066-2006-EM erließ.

Die peruanische Regierung und die privaten Unternehmen, die die Exploration und den Abbau durchführten, gaben unter anderem an, dass sie nicht dazu verpflichtet waren, die vorherige Konsultation der indigenen Gemeinschaften zu berücksichtigen, weil das peruanische Vorabkonsultationsgesetz in Peru erst im Jahre 2011 in Kraft trat. Sie zeigten, dass die vorherige Konsultation in Peru mit dem Vorabkonsultationsgesetz N° 29785 (2011) und mit der Verordnung dieses Gesetzes (2012) geregelt war. Das heißt, dass die peruanische Regierung nach ihrer Meinung vor dem Jahr 2011 nicht rechtlich dazu verpflichtet war, die vorherige Konsultation der indigenen Gemeinschaften durchzuführen.

Die peruanische Justiz zeigte, dass die Verpflichtung der peruanischen Regierung im Hinblick auf die vorherige Konsultation der indigenen Völker ab Februar 1995 mit dem Inkrafttreten der Konvention 169 in Peru, gültig wurde. Außerdem zeigte die Gerichtsgewalt, dass die Konvention, obwohl sie keine spezifischen Verfahren zur Durchführung dieser Konsultation präzisiert, klare und ausreichende rechtliche Richtlinien bestimmt,[22], um die sofortige Anwendbarkeit dieser Konvention zu gewährleisten.

Im März 2017 entschied die peruanische Justiz, dass dem Antrag auf den Schutz der indigenen Gemeinschaften stattgegeben wird, weil die peruanische Regierung keine Konsultation der indigenen Völker Awajún und Wampis in Bezug auf die Erkundung und den Abbau von Erdgas und Erdöl im Flurstück 116 durchführte. Anders ausgedrückt, verletzte die peruanische Regierung das Vorabkonsultationsrecht dieser indigenen Völker. Außerdem wurden auch die Aufhebung des Lizenzvertrags über die Erkundung und die Förderung von Erdöl und die Aussetzung der Erkundungen im Flurstück 116 bestimmt (Resolución Nr. 13 del Cuarto Juzgado Constitucional de Lima – Expediente Nr. 32365-2014).

Die peruanische Regierung legte gegen das Urteil im April 2017 bei einer zweiten Instanz Berufung ein und bisher gab es keine Urteilsverkündung.

Dieses Urteil (erste Instanz) ist ein entscheidendes Urteil, weil es nicht nur das erste Urteil ist, das einen Fall einer nicht konsultierten Erdöl-Exploration behandelt, sondern zeigt es vielmehr auch, dass die peruanische Regierung die internationale Verpflichtung hat, die Konsultation der indigenen Völker in Bezug auf die Konvention 169 gemäß internationalen Standards der Menschenrechte durchzuführen.

Darüber hinaus bestimmt das Urteil, dass der Artikel 6 der Konvention 169 Verpflichtungen für die peruanische Regierung enthält, weil diese Konvention ein verbindliches Gesetz ist. Dies bedeutet, dass die Konvention eine Pflicht für den Staat und nicht etwa eine Empfehlung ohne rechtliche Verbindlichkeit ist. Wie schon erwähnt präzisiert das Urteil außerdem, dass die Konvention in Peru ab dem Zeitpunkt gilt, an dem die Konvention Teil des peruanischen Rechtssystems war, also ab Februar 1995.

Es ist auch wichtig anzumerken, dass das Urteil zeigt, dass man nicht interpretieren kann, dass die Anwendung der Konvention aufgeschoben wird, bis der Staat eine Rechtsnorm entwickelt, die den Inhalt der Konvention konkretisiert. Also, eine peruanische Rechtsnorm, die bestimmt, wie man die Konvention interpretieren kann. Außerdem ist diese Auslegung nicht möglich, weil die Konvention als internationales Abkommen durch die Grundsätze des internationalen Vertragsrechts geregelt wird. Diese Grundsätze setzen fest, dass kein Staat einen Rechtfertigungsgrund für die Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen geltend machen kann, die auf einer Regel seines innerstaatlichen Rechts oder einer angeblichen Unterlassung des innerstaatlichen Rechts beruhen.

Es wird präzisiert, dass die indigenen Völker kein Vetorecht gegen die Rohstoffindustrie haben. Trotzdem haben sie das Recht auf die vorherige Konsultation, das Recht, informiert zu werden und das Recht, an jeder Phase des Entscheidungsprozesses eines extraktiven Projekts von der Zeit vor der Gewährung bis zum Ende teilzunehmen.

Themen im Hinblick auf Land und Gebiete indigener Völker sowie die dort vorzufindenden natürlichen Ressourcen und deren Abbau sind häufig umstritten. Konfliktpotenzial kann insbesondere in Ländern wie Peru auftreten, in denen die Wirtschaft des Landes zu einem großen Teil von der Gewinnung natürlicher Ressourcen basiert. Es wird manchmal gehört, dass der Abbau von natürlichen Ressourcen notwendig ist, um die Entwicklung des Landes fortzusetzen.

Zur Entwicklung eines verantwortungsvollen und nachhaltig strukturierten Landes gehört jedoch auch, dass die Umwelt geschützt und die Menschenrechte aller berücksichtigt werden. Nur unter Berücksichtigung dieser Aspekte kann dann auch von dem Begriff der Entwicklung gesprochen werden.

*Sergio Emilio Arellano Gonzales*

*(Sergio Arellano ist Absolvent der Pontificia Universidad Católica del Perú, Rechtsanwalt.*

*LL.M. Masterstudent der Rechtswissenschaft an der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. E-Mails: sergio.arellano@pucp.pe/s3searel@uni-bonn.de)*

Fussnoten:

[2] Ein Stammesvolk ist ein Volk, das kein indigenes Volk in dem Gebiet, in welchem es wohnt, ist. Es teilt jedoch ähnliche Merkmale mit indigenen Völkern, wie zum Beispiel kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Traditionen, die sich von denen der nationalen Gemeinschaft unterscheiden. Weiterhin identifizieren sie sich ebenfalls mit ihren traditionellen Gebieten und den Selbstregelungen ihrer Normen, Traditionen und Sitten. Diese Definition entspricht Artikel 1.1 (a) der ILO-Konvention Nr. 169. Vgl.: Comisión Interamericana de Derechos Humanos: Derechos de los pueblos indígenas y tribales sobre sus tierras ancestrales y recursos naturales. Normas y jurisprudencia del Sistema Interamericano de Derechos Humanos. Artikel vom 30.12.2009. URL: [https://www.oas.org/es/cidh/indigenas/docs/pdf/tierras\\_ancestrales.esp.pdf](https://www.oas.org/es/cidh/indigenas/docs/pdf/tierras_ancestrales.esp.pdf), 1-148, S. 11 und 12

[3]Vgl.: Organización Internacional del Trabajo: Los derechos de los pueblos indígenas y tribales en la práctica. Una guía sobre el convenio número 169 de la OIT. Ginebra: OIT, 2009. URL: [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-ed\\_norm/-normes/documents/publication/wcms\\_113014.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-ed_norm/-normes/documents/publication/wcms_113014.pdf), 1 – 200, S. 8.

[4]Ebd.

[5]Vgl.: Schillhorn, Kerrin: Kulturelle Rechte indigener Völker und Umweltvölkerrecht – Verhältnis und Vereinbarkeit. Berlin, 2000, S.50.

[6]Vgl.: Organización Internacional del Trabajo: Los derechos de los pueblos indígenas, S. 9.

[7]Artikel 1

Dieses Übereinkommen gilt für

[...]b) Völker in unabhängigen Ländern, die als Eingeborene gelten, weil sie von Bevölkerungsgruppen abstammen, die in dem Land oder in einem geographischen Gebiet, zu dem das Land gehört, zur Zeit der Eroberung oder Kolonisierung oder der Festlegung der gegenwärtigen Staatsgrenzen ansässig waren und die, unbeschadet ihrer Rechtsstellung, einige oder alle ihrer traditionellen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen beibehalten.[...]

[8]Vgl.: Hahn, Anja: Traditionelles Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften zwischen geistigen Eigentumsrechten und der public domain. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg, 2004, S. 27.

[9]Ebd.

[10]Vgl.: Schillhorn, Kerrin: Kulturelle Rechte, S.50.

[11]Vgl.: Gaona Pando, Georgina: El derecho a la tierra y protección del medio ambiente por los pueblos indígenas. 2013.

URL: <[http://www.scielo.org.mx/scielo.php?script=sci\\_arttext&pid=S0185-06362013000100007&lng=es&nrm=iso](http://www.scielo.org.mx/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0185-06362013000100007&lng=es&nrm=iso)>. ISSN 0185-0636, 141 – 161, S. 144.

[12]Ebd.

[13]Vgl.: Organización Internacional del Trabajo: Los derechos de los pueblos indígenas, S. 91.

[14]Vgl.: Comisión Interamericana de Derechos Humanos, S. 79.

[15]Vgl.: Organización Internacional del Trabajo: Los derechos de los pueblos indígenas, S. 107.

[16]„Artikel 6

Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens haben die Regierungen

a) die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden;

b) Mittel zu schaffen, durch die diese Völker sich im mindestens gleichen Umfang wie andere Teile der Bevölkerung ungehindert auf allen Entscheidungsebenen an auf dem Wahlprinzip beruhenden Einrichtungen

sowie an Verwaltungs- und sonstigen Organen beteiligen können, die für sie betreffende Maßnahmen und Programme verantwortlich sind;

c) Mittel zu schaffen, die es diesen Völkern ermöglichen, ihre eigenen Einrichtungen und Initiativen voll zu entfalten, und in geeigneten Fällen die für diesen Zweck erforderlichen Ressourcen bereitzustellen.

Die in Anwendung dieses Übereinkommens vorgenommenen Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen.“

[17]„Artikel 7

Die betreffenden Völker müssen das Recht haben, ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozeß, soweit er sich auf ihr Leben, ihre Überzeugungen, ihre Einrichtungen und ihr geistiges Wohl und das von ihnen besiedelte oder anderweitig genutzte Land auswirkt, festzulegen und soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben. Darüber hinaus haben sie an der Aufstellung, Durchführung und Bewertung von Plänen und Programmen für die nationale und regionale Entwicklung mitzuwirken, die sie unmittelbar berühren können. (...)

[18]PERUPETRO S.A. ist die staatliche Gesellschaft für Privatrecht, die den peruanischen Staat vertritt und für die Förderung, Verhandlung, Zeichnung und Überwachung von Verträgen zur Erkundung und Abbau von Kohlenwasserstoff in Peru verantwortlich ist. Vgl.: <https://www.perupetro.com.pe>.

[19]Artikel 55:

Verträge, die vom Staat abgeschlossen werden und in Kraft sind, sind Teil des nationalen Rechts.

[20] Es gibt eine Karte von Peru, auf der die verschiedenen Landstücke, die die peruanische Regierung an verschiedene private Unternehmen konzessioniert, um Tätigkeiten von Exploration und Abbau von Kohlenwasserstoff durchzuführen, veranschaulicht sind. Diese Landstücke heißen „Lotes“. Hier kann man die Karte von Peru sehen, die in „Lotes“ unterteilt ist: [www.perupetro.com.pe](http://www.perupetro.com.pe).

[21] Der „Amparo“ ist ein verfassungsrechtlicher Prozess des Notstandsschutzes von Grundrechten und dessen Zweck ist, die Person bei der Ausübung des Grundrechts zu befähigen, das durch schädliche Handlungen irgendeiner Autorität, Beamter oder Person bedroht oder verletzt wird.

[22] Artikel 6 der ILO – Konvention Nr. 169.

## 10. Bauern protestieren gegen Einfuhr von EU-Kartoffeln

Wenige Tage vor Ankunft des Papstes, protestierten Bauern in den Anden gegen den Preisverfall ihrer Kartoffeln. Schuld sind auch importierte Kartoffeln aus Holland.

Die Agrarkommission des peruanischen Parlaments zeigt sich empört, denn von 2015 bis 2017 haben sich die Importe von Kartoffeln in das Ursprungsland der papas, der Kartoffeln, nach Peru um 72% erhöht. Im Jahre 2017 wurden fast 32 000 Tonnen vorgefertigte Kartoffeln eingeführt. Diese Menge wird mit einem Wert von 26,5 Millionen Dollar angegeben. Die meisten Import-Kartoffeln kommen aus.... Holland. Holländische Kartoffelbauern erzielen damit einen Gewinn von ca. 19 Millionen Dollar. Bei den eingeführten Kartoffeln handelt es sich um für Pommes Frites und Snacks entsprechend vorgearbeitete, in Stifte geschnittene Kartoffeln. Diese werden dann zum Nationalgericht „pollo a la brasa“, dem peruanischen Grillhähnchen, serviert. Die Hähnchen

kommen zum großen Teil aus Großbetrieben aus Argentinien, wo sie mit gentechnisch angebautem Getreide gefüttert werden.

Auch wenn die eingeführten Kartoffeln weniger als 1% der peruanischen Kartoffelernte ausmachen und somit nur zum kleinen Teil für die diesjährige Überproduktion verantwortlich sind, so weist die Tatsache doch auf ein grundlegendes Manko hin: der Bedarf nach vorgefertigten Kartoffeln wächst, und Peru, das Kartoffelland schlechthin, hat nicht mal eine Fabrik, um die Kartoffeln dementsprechend weiterzuverarbeiten.

Daneben gibt es noch andere Gründe für den Preisverfall der Kartoffeln und die dadurch ausgelösten Streiks und Strassenblockaden der Bauern in den Andenregionen Apurimac, Huanuco, Pasco, Ayacucho, Junin, Huancavavelica

Ein Hauptgrund ist das günstige Wetter von der Aussaat im August 2016 bis zur Ernte im Dezember 2017. Deshalb konnten 30 bis 40 Tonnen pro Hektar geerntet werden. Hauptabnehmer sind die 9 Millionen Bewohner der Hauptstadt Lima.

Um ihre Unkosten zu decken und etwas zu verdienen, müssen sie die Kartoffeln zu mindestens 0,80 Soles pro Kilo verkaufen können, sagen die Bauern. Die Großhändler bieten aktuell nur 0,20 Soles (0,07 Euro) bis 0,50 Soles an. Das reicht nach Aussagen der Bauern nicht einmal, um die Unkosten herein zu bekommen. Deshalb lassen viele Bauern ihre Kartoffeln auf den Feldern verrotten. Alleine in der Region Junin betreffen die tiefen Kartoffelpreise über 10.000 kleine und mittlere Bauern. Sie produzierten im Jahr 2016 ca. 146.000 Tonnen

Als Antwort auf den Streik hat das Landwirtschaftsministerium 1,5 Millionen Soles (knapp 400 000 Euro) zum Ankauf von Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Das reicht den andinen Kartoffelbauern nicht, weil das gerade eine Menge von ca. 20.000 Hektar ausmachen würde. Diese Menge reicht gerade für den Konsum der Menschen in der Hauptstadt Lima für 3 Tage.

Das Ministerium hat auch eine Werbekampagne angekündigt, damit die peruanischen Hähnchenbratereien vermehrt peruanische Kartoffeln kaufen.

Eine weitere Forderung ist, den entsprechenden Passus im Freihandelsabkommen EU-Peru aus zu setzen. Darin ist u.a. die Einfuhr von Kartoffeln in verarbeiteter Form (Pommes-Stifte) geregelt.

*Heinz Schulze*

## **11. Hohes Bussgeld gegen Petroperu**

Im Fall der Erdöllecks in Loreto und Amazonas hat die Umweltbehörde OEFA erstmals Bussgelder gegen Petroperu verhängt.

Das staatliche Erdölunternehmen Petroperu behauptet von sich eine moderne, verantwortliche und nachhaltig arbeitende Firma zu sein. Bei der Anhörung vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (2016) betonte der Präsident von Petroperu, dass sie allen Verpflichtungen nachkommen, die aus der Produktion und Weiterleitung des Erdöls entstehen könnten.

Rechtsanwalt Juan Carlos Ruiz Molleda von der peruanischen Nichtregierungsorganisation Instituto de Defensa Legal (IDL) ist ein Kenner dieser Situation. Er zitiert auch aus den Ergebnissen der peruanischen parlamentarischen Untersuchungskommission (Dezember 2017) über die Lecks an der Nordöstlichen Pipeline, in der das Erdöl aus dem Regenwald an die Pazifikküste gepumpt wird.

In aller Kürze hier die wichtigsten Anklagepunkte:

Petroperu hat ihre Anlagen und Ölleitungen nicht fachgerecht gewartet und keinen seriösen Risikoplan erstellt, obwohl auch das vorgeschrieben ist.

Als Ergebnis dieser Schlampereien entstanden zwischen 2008 bis 2016 schlimme 24 Lecks.

Diese Erdöllecks haben große Schäden hervorgerufen: An der biologischen Vielfalt, an der Gesundheit, der Ernährung und sozialen Organisationen der betroffenen indigenen Bevölkerung entlang der Erdölleitungen.

Nach diesen Lecks mit verheerenden Schäden hat Petroperu nicht qualifizierte Firmen mit dem Aufräumen beauftragt. Diese haben mit falschen Nachweisen ihre Kompetenz dargelegt und damit Aufträge in Millionenhöhe für Säuberung und Ausbesserung bekommen. Hierbei nennt der Bericht der Untersuchungskommission, dass der Verwaltungschef neue Mitarbeiter seines Vertrauens in sein Büro geholt, die konkret dann für die Vergabe von Aufträgen nach den Umweltschäden zuständig waren. Den Auftrag bekam die Firma Benites Servicios Industriales EIRL. Carlos Eduardo Benites G. erhielt Ende 2016 diesen Auftrag in Höhe von 55 Millionen Soles.

Wie „großzügig“ mit öffentlichen Geldern in Peru umgegangen wird, zeigen folgende Beispiele: Für die Erstellung einer einfachen Umwelt-Verträglichkeitsstudie erhielt diese Firma 139.834 Soles (rund 35 000 Euro) . Und für eine Studie „Nachhaltige Entwicklung“ entlang eines Teilstücks des Ölleitungen erhielt die Firma 92.977 Soles (rund 24 000 Euro).

Die Parlamentskommission rechnete auch aus, dass der wirtschaftliche Schaden für den peruanischen Staat durch die Lecks und den dadurch entstandenen Produktionsstopp ca. 979 Millionen Soles (rund 250 Mio Euro) betrug.

Unhaltbar sind weiterhin die Behauptungen von Verantwortlichen von Petroperu, die Lecks seien durch Sabotage von den dort lebenden indigenen Bevölkerung verursacht entstanden. In den von der OEFA bestraften Fällen ist Sabotage ausgeschlossen. Der Vorwurf von Petroperu lautet, die Gemeinschaften wollten sich dadurch gut bezahlte Jobs bei den Aufräumarbeiten sichern. Nach den ersten Erdölaustritten wurden einige Personen beschäftigt, die das Erdöl mit bloßen Händen einsammelten.

Die betroffenen indigenen Dorfgemeinschaften wehren sich seit Jahren gegen das ihnen zugefügte Leid. Es gab Erklärungen der zuständigen Stellen, dass sie entschädigt werden sollen, was aber noch nicht umgesetzt wurde. Trotz der massiven politischen Krise Perus hat die zuständige Aufsichtsbehörde OEFA gegen Petroperu ein Bussgeld in Höhe von umgerechnet fast 13 Millionen Euro verfügt wegen der Erdöllecks in der Pipeline in der Nähe von Imaza (Amazonas und Morona (Loreto) am 25. Januar bzw. 2. Februar 2016.

*Heinz Schulze*

## 12. Good News: Paolo Guerero darf an WM nach Russland

Fussballkapitän Paolo Guerrero war wegen Kokain-Spuren gesperrt. Dabei hatte er nur Koka-Tee getrunken, sagt er.

Dass diese Nachricht es in die InfoPeru schafft, muss erklärt werden.

Paolo Guerrero ist der bekannteste Fussballspieler Perus. Auch in Deutschland kennt man ihn, er spielte früher beim FC Bayern und beim HSV und spielt jetzt für Flamengo Rio de Janeiro in Brasilien. Ausserdem ist Guerrero Kapitän der peruanischen Fußballmannschaft. Diese hat sich zur Fußball-WM 2018 in Russland qualifiziert – zum ersten Mal seit 30 Jahren. Deshalb schlug die Nachricht wie eine Bombe ein, dass die FIFA Paolo Guerrero für 1 Jahr sperren würde. Bei einer Doping-Kontrolle waren Spuren von Kokain festgestellt worden.

Guerrero und seine Anwälte erklärten, dass er kein Kokain eingenommen habe, sondern viel Koka-Tee getrunken hatte. Da ist sie wieder: die weit verbreitete Unwahrheit, dass das Kauen von Kokablättern oder das Trinken vom Kokatee gleichbedeutend sei mit der Einnahme von Kokain. Es kann nicht oft genug gesagt werden: Der menschliche Körper kann aus den Bestandteilen des Kokablattes kein Kokain bilden.

Mit 100 Gramm „gekauter“ Kokablätter erhält der Körper mehr Proteine als durch den Verzehr der gleichen Menge von Quinoa, Weizen oder Mais.

Kokain dagegen entsteht durch einen langwierigen chemischen Prozess mit vielen Chemikalien.

Dies scheint sich inzwischen auch bei der FIFA herumgesprochen zu haben: Der Dopingvorwurf durch Kokaineinnahme wurde von der FIFA inzwischen fallen gelassen und die Sperre auf 6 Monate verringert. Damit ist die Teilnahme ihres Mannschaftskapitäns bei der WM 2018 in Russland wieder gesichert.

*Heinz Schulze*

## VERANSTALTUNGEN

- Goldkronach bei Bayreuth

16. März 2018, 19.30 Uhr

**„Einmal Goldkronach, peruanische Anden und zurück:  
was es mit dem Gold hier und dort auf sich hat“**

Vortrag und Diskussion: Dr. Hartmut Heidenreich, Kampagne Bergwerk Peru  
Ort: Meister Bärs Hotel

- Köln

Freitag, 27. - Sonntag, 29. April 2018

**Peru-Seminar „Indigene Rechte“**

Tagungshaus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln

Infos und Anmeldung: Jimi Merk, merk@infostelle-peru.de

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

*[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)*

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen*

*Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.*

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*

